

Johano Strasser

Sozialismus revisited

Als im *annus mirabilis* 1989 der sogenannte »reale Sozialismus« ziemlich sang- und klanglos zusammenbrach, wurde in Akademien und Volkshochschulen, in Sammelbänden und im Feuilleton heftig diskutiert, was vom Sozialismus bleibe, ob etwas bleibe, leider bleibe oder – seltener – Gott sei Dank bleibe. Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa, so die gängige Meinung, habe diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Aber genau genommen steht sie dort schon viel länger.

Was bleibt vom Sozialismus? hieß ein Sammelband, den Waldemar von Knoeringen und Ulrich Lohmar 1968 herausgaben. Den Autoren von damals ging es darum, die Konturen eines modernen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus in Abgrenzung zu den leninistischen Parteidiktaturen des Ostblocks herauszuarbeiten. Und auch sie standen schon in einer langen Tradition der Auseinandersetzung mit totalitären und geschichtsmetaphysischen Konzepten, wie sie die deutsche Sozialdemokratie seit Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg bis hin zum Godesberger Programm und allen nachfolgenden programmatischen Versuchen geprägt hat.

Spätestens seit der Spaltung der Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten konnte von einer einheitlichen Linken keine Rede mehr sein. Und das ist immerhin 100 Jahre her. Dennoch war 1989 auf einmal wieder pauschal von *der* Linken die Rede, wurde besorgt oder hämisch nach der Zukunft des Sozialismus gefragt, wurde, was sich historisch längst ausdifferenziert hatte, wieder in einen Topf gerührt. Und zwar nicht nur von den Apologeten der westlich-kapitalistischen Marktwirtschaft, die uns schon immer weismachen wollten, wir hätten zwischen US-Kapitalismus oder SU-Sozialismus zu wählen; dritte oder vierte Möglichkeiten gäbe es nicht. Nein, auch von ehemals oder immer noch Linken, die betroffen und tränenblind über das verdiente Ende des sogenannten »realen Sozialismus« zu keiner Unterscheidung mehr fähig waren.

Heute, mit dem Abstand von 25 Jahren, wird hier und da wieder weniger pauschal und weniger polemisch über den Sozialismus diskutiert. Auch, weil der Kapitalismus, als er sich im Taumel des Sieges über seinen kommunistischen Kontrahenten aufmachte, die letzten zivilisatorischen Fesseln abzustreifen, sein wahres Gesicht zeigte. Inzwischen ist der Marktradikalismus nicht weniger diskreditiert als der Radikalismus der Klassenkämpfer maoistischer oder sowjetischer Prägung. Es lohnt sich also neu darüber nachzudenken, was denn Sozialismus heute bedeuten könnte, welche Idee des Sozialismus auch heute noch eine belastbare Grundlage menschlichen Zusammenlebens abgeben könnte.

»Nur wenn jedes Gesellschaftsmitglied sein mit jedem anderen geteiltes Bedürfnis nach körperlicher und emotionaler Intimität, nach ökonomischer Unabhängigkeit und nach politischer Selbstbestimmung derart befriedigen kann, daß es sich dabei auf die Anteilnahme und Mithilfe seiner Interaktionspartner zu verlassen vermag, wäre unsere Gesellschaft im vollen Wortsinne sozial geworden.« So lautet der letzte Satz von Axel Honneths Buch *Die Idee des Sozialismus*. Und genau diese Formulierung eines gesellschaftspolitischen Fernziels macht laut Honneth die nach wie vor gültige und wirkmächtige Kernidee des Sozialismus aus.

*Der Kapitalismus
hat die letzten
Fesseln abgestreift*

Für Honneth besteht der zentrale Fehler des traditionellen Sozialismus darin, dass er sich allzu einseitig auf die ökonomische Sphäre konzentrierte und die anderen Sphären »sozialer Freiheit« vernachlässigte. Ein integraler Sozialismus entsprechend der ursprünglichen Intention umfasst ihm zufolge notwendigerweise auch die Bürger- und Menschenrechte, die Emanzipation der Frau, die Kinderrechte, die gleichberechtigte Teilnahme von Schwulen und Lesben an der Gesellschaft, die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Formen der direkten Demokratie und viele politische Ziele mehr, die oft von Sozialisten fälschlicherweise als bloße Zugeständnisse an den politischen Liberalismus und nicht als genuin sozialistische Ziele betrachtet würden.

Dass Karl Marx und viele der ihm folgenden Marxisten den »emanzipatorischen Stellenwert der mit der Französischen Revolution ins Leben gerufenen Bürger- und Menschenrechte« verkannten und darin nur die »Erlaubnis zur privaten Reichtumsbildung« erblickten, weshalb die Kommunisten beim Aufbau ihrer sozialistischen Gesellschaft darauf meinten verzichten zu können, ist sicher weitgehend richtig. Aber für die Mehrheit der europäischen Sozialisten, insbesondere für die heutigen Sozialdemokraten gilt dies, wenn es denn je auf sie zutraf, schon lange nicht mehr. Thomas Meyer hat in einem 1991 veröffentlichten Essay (*Was bleibt vom Sozialismus?*) das Verhältnis von Sozialismus und Liberalismus zu klären versucht:

»Die sozialistische Kritik am Liberalismus war überwiegend konfus. Selten herrschte Klarheit, auf welche Ebenen des liberalen Anspruchs sie sich bezog, die Prinzipien, das institutionelle Programm, dessen politische oder seine ökonomische Seite. Daher die Neigung, ihn in Bausch und Bogen als bürgerliche Ideologie zu entlarven und den sozialistischen Entwurf als vollständige Antithese dagegen zu stellen. Das war die Methode Lassalle und Lenin. Nur wenigen gelang die gebotene Differenzierung. Sie konnte nur zu einer spezifischen Synthese von Liberalismus und Sozialismus führen, um Freiheit universell zu machen, wo jener sich weigerte. Das war die Methode Bernstein.«

Es ist nicht ganz klar, an welcher konkreten historischen Erscheinung des Sozialismus sich Honneth in seinem Buch abarbeitet. Wenn er beispielsweise allzu pauschal dem traditionellen Sozialismus eine »erstaunliche Blindheit gegenüber der demokratischen Bedeutung der Grundrechte« vorwirft, kann er wohl kaum die deutsche Sozialdemokratie meinen, die das allgemeine Wahlrecht erkämpfte, die stets für die Meinungsfreiheit eintrat und die parlamentarische Demokratie verteidigte, als der kommunistische Teil der Arbeiterbewegung 1918 die Diktatur des Proletariats errichten wollte. Wenn er – zu Recht – darauf besteht, dass die über das Ökonomische hinausreichenden Sphären sozialer Freiheit nicht vernachlässigt werden dürften, so rennt er bei den allermeisten heutigen Sozialdemokraten offene Türen ein. Denn wer sich die Programme und die Praxis sozialdemokratischer Parteien in Europa anschaut, kann nicht übersehen, dass die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft heute so gut wie überall der leitende Grundgedanke des demokratischen Sozialismus ist.

Was Honneth merkwürdigerweise übersieht, ist die Tatsache, dass vor allem in ihrem sozialdemokratischen Strang die Geschichte des Sozialismus ganz wesentlich auch eine Lerngeschichte ist, in der ursprüngliche Theoreme und Vorstellungen in der Praxis überprüft und entsprechend verändert wurden. Wer das Büchlein *Was Linke denken* von Robert Misik liest, kann daran keinen Zweifel haben. »In den Alltagsverstand hinabgesickert«, schreibt er, »gehört heutzutage beides zum Grundbestand linken Wissens: Die Überzeugung, dass die Umstände die Menschen machen, und zwar bis ins

Innere hinein, bis in ihre Identität, bis zu den Ideen, die sie von sich selbst haben, bis in ihre geheimsten Sehnsüchte. Und dass diese Menschen ein unverstelltes, echtes Ich entwickeln wollen, und dass dieses Ich nur gegen die Umstände entwickelt werden kann, indem man sich deren anherrschender Gewalt widersetzt.« Von Antonio Gramsci bis Jürgen Habermas folgt Misik einer Linie des Denkens, die die Machtfrage zum Zwecke gleicher Entwicklungschancen aller nicht nur an den ökonomischen Besitzverhältnissen, sondern an dem ganzen Geflecht ökonomischer, rechtlicher und kultureller Bedingungen freier Kommunikation und Interaktion diskutiert.

Sowohl für Honneth als auch für Misik geht es im Sozialismus in seinem Kern immer nur um Freiheit und um die Selbstverwirklichung des Subjekts, allerdings nicht als egoistisches Projekt wie im heutigen Neoliberalismus, sondern in einer universal-humanistischen Perspektive, in der die eigene Freiheit komplementär zur Freiheit aller anderen gedacht wird. Das was Honneth »soziale Freiheit« und Misik »gleiche Freiheit« nennt, ist allerdings im Kern dasselbe, was auch schon Karl Marx und Friedrich Engels im *Kommunistischen Manifest* mit der später von Lenin und anderen etatistisch verfälschten Forderung nach einer »Assoziation« meinten, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Es ist dies dasselbe, was die französischen Revolutionäre mit der Trias von *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* meinten, eine Forderung, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auf die Freiheit des konkurrierenden Individuums verkürzt wurde, und trotz der sozialstaatlichen Korrekturen immer noch darauf wartet, von der sozialistischen Bewegung in ihrer Gänze eingelöst zu werden.

Die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung von vielen

Die Grundmotive des demokratischen Sozialismus: dass Freiheit und Menschenrechte für *alle* erstritten werden müssen und nicht das Privileg der Starken und Leistungsfähigen bleiben dürfen, dass *alle* Menschen das Recht haben, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen selbstständig zu gestalten und dass dazu die sozialen Voraussetzungen zu schaffen sind, dass Demokratie der sozialen Fundierung bedarf, wenn sie nicht in abstraktem Formalismus erstarren soll, und dass es hierzu der öffentlichen, demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht und des ungehinderten Zugangs zu Informationen für jede und jeden bedarf – diese Grundmotive politischen Denkens und Handelns sind heute aktueller denn je. Warum tun sich dann aber die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die Linke insgesamt, so schwer, für eine solche Politik Mehrheiten zu gewinnen?

Dies ist die Frage, der Albrecht von Lucke speziell für die deutsche Situation nachgeht. In seinem Buch *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken* schreibt er: »Von einer Krise linken Denkens kann (...) keine Rede sein, intellektuelle Kapitalismuskritik hat durchaus Konjunktur (...). Was aber fehlt, ist eine Perspektive auf der politischen Handlungsebene. Das neue linke Denken übersetzt sich heute, gerade in der Bundesrepublik, in keiner Weise in linke Macht- und Regierungspolitik. Wir haben es also dezidiert mit einer Krise linker Politik und ihrer Parteien zu tun (...).« Die Parteien, die er meint, sind in erster Linie die SPD und die Linkspartei, in zweiter Linie auch die Grünen.

Dass, obwohl rechnerisch möglich, eine rot-rot-grüne Koalition auf der Bundesebene bisher nicht zustande kam und wohl auch bei der nächsten Bundestagswahl nicht zustande kommt, liegt für ihn vor allem an der SPD und an der Linkspartei. In beiden Parteien, so Lucke, gebe es einflussreiche Gruppen und Personen, die zur eigenen Profilierung Ressentiments gegen die andere Seite pflegten und jeden Versuch, die

Chancen einer pragmatischen Zusammenarbeit oder gar einer Annäherung der Positionen auszuloten, von vornherein zu verhindern suchten.

Die SPD kritisiert Lucke dafür, dass sie sich mit der Schröder/Clementschen Agenda-Politik von einigen ihrer Grundprinzipien, besonders von ihrem Grundwert der Solidarität verabschiedet und damit ihre politische Glaubwürdigkeit dauerhaft beschädigt habe, vergisst aber auch nicht, den GRÜNEN eine Mitverantwortung an dieser Politik zu geben. In diesem Zusammenhang zitiert er den verstorbenen SPIEGEL-Journalisten Jürgen Leinemann, der in einem Essay unter dem Titel *Staatsschauspieler* am 20. September 2004 über Gerhard Schröder schrieb: »Keine Werteskala, keine Prioritäten-Hierarchie, kein inneres Geländer und kein äußeres. Nur Ehrgeiz. Und Chuzpe« und dieses Urteil später in seinem Buch *Höhenrausch* ein wenig zu pauschal auf die ganze Generation der Schröders, Fischers und Lafontaines ausdehnte.

An der Linkspartei hat von Lucke vor allem auszusetzen, dass sie sich von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zur Anti-SPD-Partei hat stilisieren lassen, der auf der Bundesebene mit ihrem ritualisierten Pazifismus und ihrem Anti-Europa- und Anti-NATO-Kurs nur die Rolle der Fundamental-Opposition bleibe, eine Rolle, die nach der Teilrevision der Agenda-Politik durch die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Reformen (Mindestlohn, Besserstellung der Leiharbeiter, Familienpolitik etc.) mittlerweile jede Berechtigung verloren habe. Die pragmatisch-linke Mehrheit der Partei, die sich auf der kommunalen und Länderebene längst als koalitionsfähig erwiesen habe, so Lucke, lasse sich aus Angst vor einer Abspaltung der linken Hardliner immer wieder auf Formelkompromisse ein, statt eine Klärung der Positionen im Interesse der Regierungsfähigkeit herbeizuführen. Und – ließe sich hinzufügen – die SPD-Führung erleichtert es mit ihrer Kontaktsperre gegenüber der Linkspartei dieser, sich weiter um die programmatische Klärung herumzudrücken.

»Die Geschichte der deutschen Linken«, so der Autor in der Einleitung seines Buches, »kennt viele Duelle herausragender Gegenspieler, von Ferdinand Lassalle versus Karl Marx über Eduard Bernstein versus Karl Kautsky bis zu Willy Brandt versus Herbert Wehner oder Helmut Schmidt. Doch selten hing Gedeih und Verderb der Linken so sehr an zwei Personen. Ohne das fatale ›Zusammenspiel‹ Schröders und Lafontaines während der letzten zwei Jahrzehnte ist der Niedergang der deutschen Linken nicht zu erklären.« Ohne vielleicht nicht, wird man an dieser Stelle ergänzen müssen, aber für eine Erklärung des Niedergangs reicht eine solche Personalisierung der Politik allein sicher auch nicht aus.

Es ist richtig, dass heute klassische linke Themen wie die Verteilung von Einkommen und Vermögen, sozialstaatliche Absicherung und Inklusion wieder ganz oben auf

*Ökologische Frage
ist zugleich
eine soziale Frage*

der politischen Agenda stehen. Aber bisher hat eine soziale Politik so gut wie immer nur dort funktioniert, wo eine ausreichend hohe nationale Wachstumsrendite zu verteilen war. Heute aber sind nationale Wachstumsraten wie in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende nicht mehr zu erzielen. Heute bestimmen eine dem Zugriff nationaler Politik

weitgehend entzogene internationale Finanzelite und international operierende Unternehmen die Verteilungsrelationen, was auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik transnationale Kooperation unausweichlich macht. Dazu kommt, dass das alte ökonomische Wachstumsmodell immer deutlicher die Lebensgrundlagen auf der Erde untergräbt und damit, genau besehen, für die große Mehrheit der Menschen zu einem Zuschussgeschäft wird. Deshalb muss jede soziale, d.h. an gleichen Lebenschancen für alle ausgerichtete Politik heute nicht nur eine gerechtere Verteilung, sondern zugleich eine mit

der Erhaltung der Biosphäre kompatible Weise der Wohlstandsproduktion zum Ziel haben.

Das bringt die Grünen in der Partei DIE GRÜNEN, aber auch die Grünen in der SPD ins Spiel. Die Letzteren vor allem wissen, dass die ökologische Frage zugleich eine soziale Frage ist, dass der ökologische Umbau, richtig durchdacht, ein linkes Projekt ist. Erhard Eppler, der soeben sein Erinnerungsbuch *Links leben* veröffentlicht hat, hat dies vor allem für die früher so genannte »Dritte Welt« stets so gesehen. Unter anderem darum bemühte er sich schon in den 70er Jahren, seine Partei, die SPD, und die Gewerkschaften für die neuen ökologischen Themen zu gewinnen. Trotzdem bezeichnet er sich selbst lieber als »Wertkonservativen« denn als Linken. Das macht ihn freilich, wie sein lebenslanges politisches Engagement zeigt, nicht zu einem Konservativen im üblichen politischen Sinn. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen, denen wir im eigenen Land, in Europa und in der Welt ausgesetzt sind, würde er sicher eine Neuaufgabe der rot-grünen Koalition für das Beste halten, was Deutschland passieren könnte. Aber danach sieht es gegenwärtig gar nicht aus. Eher scheint es möglich, dass es 2017 zu einer schwarz-grünen Koalition – wie schon 2008 in Hamburg und seit 2013 in Hessen – auch auf Bundesebene kommt.

Man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will: Wenn die SPD in nächster Zeit irgendwann einmal wieder den Kanzler oder die Kanzlerin stellen möchte, wenn sie die Grundlinien der Politik in Deutschland bestimmen und ihren Beitrag zu einer dringend notwendigen vom Geist der Solidarität angeleiteten Reform der EU leisten möchte, dann wird dies wohl nur in der Perspektive einer rot-rot-grünen Koalition möglich sein. Und auch das ist offensichtlich: Ohne eine glaubwürdige Machtperspektive wird die SPD auch bei künftigen Bundestagswahlen wohl kaum über die ominösen 25 % hinauskommen. Darum wäre sie gut beraten, im Sinne Albrecht von Luckes ihren Teil dazu beizutragen, dass eine solche Koalition und damit linke Politik in Deutschland endlich wieder eine reale Chance erhält.

Erhard Eppler: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen. Propyläen, Berlin 2015, 336 S., 22,00 €. – *Axel Honneth: Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Suhrkamp, Berlin 2015, 168 S., 22,95 €.* – *Robert Misik: Was Linke denken. Ideen von Marx über Gramsci zu Adorno, Habermas, Foucault und Co. Picus, Wien 2015, 160 S., 14,90 €.* – *Albrecht von Lucke: Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken. Droemer, München 2015, 240 S., 18 €.*



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Zuletzt ist im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de